

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/182

21. September 1972

Wilhelm Hoegner 85 Jahre

-----  
Stolze Dankbarkeit für einen großen Sozialdemokraten

Von Dr. Hans-Jochen Vogel  
Landesvorsitzender der SPD Bayern und SPD-Präsidiumsmitglied

Seite 1 und 2 / 76 Zeilen

-----  
Kapitulation der fiscal policy?

-----  
Plädoyer für eine realistische Stabilitätspolitik

Von Dr. Dr. Alex Möller MdB  
Bundesfinanzminister a.D., stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 3 und 4 / 81 Zeilen

-----  
Die Rhein-Main-Donau-Verbindung

-----  
Ein Bauvorhaben von gesamteuropäischer Bedeutung

Von Dr. Lauritz Lauritzen MdB  
Bundesminister für Verkehr

Seite 5 und 6 / 66 Zeilen

-----  
Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 808 946 / 808 947/  
808 948 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST, GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Wilhelm Hoegner 85 Jahre

Stolze Dankbarkeit für einen großen Sozialdemokraten

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

Landesvorsitzender der SPD Bayern und SPD-Präsidiumsmitglied

Mehr als ein halbes Jahrhundert hat Dr. Wilhelm Hoegner seiner Partei die Treue gehalten und ihr alles gegeben, was er besaß. Sein Lebensweg zeigt dabei, daß er diese Treue gegenüber seiner Partei niemals mit der Untreue gegenüber seinem Gewissen zu erkaufen brauchte.

Bei Hoegner, der sich im Titel eines seiner bekanntesten Bücher als "schwieriger Außenseiter" bezeichnet, paarte sich stets Eigenwilligkeit mit äußerster Zuverlässigkeit. Sein Gerechtigkeitsgefühl, das ihn vor 65 Jahren zur Sozialdemokratie führte, ist Leitsehur seines Handelns geblieben. "Ich kenne nur eine Aufgabe", so schrieb er im Jahre 1907 an Georg von Vollmer, "für das wirkliche Wohl der notleidenden Mitbrüder einzutreten. Die Menschen glücklich zu machen, wird ja nie gelingen. Aber man kann wenigstens die Ungerechtigkeit aus der Welt verbannen"

Der Pragmatiker Wilhelm Hoegner verlor das große Ziel nie aus den Augen, das er sich als Zwanzigjähriger gesteckt hatte. Als 85jähriger muß er zwar erkennen, daß wir weiter denn je davon entfernt sind, "die Ungerechtigkeit" aus der Welt zu verbannen. mit Stolz kann er aber von sich behaupten, tatkräftig mitgeholfen zu haben, Ungerechtigkeiten zu beseitigen und das Leben der Menschen lebenswerter zu machen.

Der 85. Geburtstag eines Mannes wie Wilhelm Hoegner zwingt geradezu zu einer kurzen Rückschau. Dabei hält die These nicht stand, daß die Welt immer schlechter geworden sei. Die großen Aufgaben unserer Gegenwart sollten uns nicht blind für das machen,

was die Generation Wilhelm Hoegner zu bewältigen und zu überwinden hatte.

Die Wahrheit gebietet festzustellen, daß es niemals vorher in der deutschen Geschichte so viel Freiheit und ein so hohes Maß an allgemeinem Wohlstand gegeben hat, wie gegenwärtig in der Bundesrepublik. Diese Einsicht darf uns nicht unbekümmert, sorglos oder gar träge machen. Es hieße aber nicht nur die einmaligen Verdienste eines Wilhelm Hoegner schmälern; wir würden auch die historische Leistung der Sozialdemokratie leugnen, wollten wir den großen gesellschaftlichen Fortschritt dieser 65 Jahre nicht erkennen und anerkennen.

Dr. Wilhelm Hoegner hat auf vielen Ebenen an diesem Fortschritt mitgewirkt. In den zwanziger Jahren - bis zum Untergang der Weimarer Republik - stand er in einem harten Abwehrkampf gegen den Nationalismus. Viele Dokumente, von seiner Schrift über den Hitlerputsch des Jahres 1923 bis zu seiner großen Reichstagsrede des Jahres 1932, zeugen von der Voraussicht, dem Mut und der Leier auch von der Isolierung Hoegners und der bayerischen Sozialdemokratie in jener Zeit.

In der nächsten Etappe, der Emigration - es war offensichtlich die schwerste Zeit des seiner Heimat stets innig verbundenen Bayern - bereitete sich Hoegner auf den Neubeginn vor. Seine Entwürfe einer deutschen und später einer bayerischen Verfassung waren keineswegs "Fleißübungen eines Demokraten". Nach München zurückgekehrt, machte er sich umgehend daran, seine Pläne Wirklichkeit werden zu lassen.

Wilhelm Hoegner konnte nicht alle seine zum Teil noch heute sehr kühn wirkenden Vorschläge durchsetzen. Gemessen an der politischen Macht seiner Partei - die SPD in Bayern kam von 1946 bis 1958 nicht über die 28 vH. der Stimmen bei den Landtagswahlen hinaus - war es aber beachtlich, was ihm gelang. Höhepunkt dieser Periode waren die Jahre von 1954 bis 1957, in denen Hoegner als Ministerpräsident die Geschicke des Landes leitete. Sein Fleiß, sein Wissen, seine Energie und seine Zähigkeit führten dazu, daß selbst unter ungünstigen Voraussetzungen nicht nur ersprißliche Arbeit geleistet, sondern auch weitreichende Entwicklungen eingeleitet wurden.

Den Sturz seiner Regierung hat Hoegner damals nur schwer überwinden, aber er zog sich keineswegs grollend zurück. Das Amt des Ministerpräsidenten tauschte er mit dem des Fraktionsvorsitzenden. Als 75jähriger übergab er es dann in jüngere Hände.

Bis heute blieb er seinen Nachfolgern ein guter Freund und Berater. Wilhelm Hoegner ist eine Klammer in der Geschichte der bayerischen Sozialdemokraten, die Tradition und Erkenntnisse aus der Zeit Georg von Vollmars bis in die Gegenwart verbindet. Dem Staatsmann Wilhelm Hoegner aber verdankt unser Land mehr als ihm vielleicht bewußt ist. Die Sozialdemokraten und Bayern können noch heute auf ihn zählen. Wenn es um Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit geht, ist er immer zur Stelle. Die Sozialdemokratische Partei in Bayern ist stolz darauf, Wilhelm Hoegner in ihren Reihen zu haben.

(-/ex/21.9.1972/ks)

## Kapitulation der Fiscal policy ?

---

### Plakoyer für eine realistische Stabilitätspolitik

Von Dr. Dr. Alex Möller MdB

Bundesfinanzminister a.D., stellv. Vorsitzender der SPD-  
Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Präsidiums

Nachdem der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, Helmut Schmidt, die haushaltspolitischen Maßnahmen für 1972, den Rahmen für den Bundeshaushalt 1973 und für den neuen Finanzplan 1972 bis 1976 der Öffentlichkeit vorgelegt hat, dürfte die unverantwortliche Behauptung vom finanziellen Chaos endgültig begraben sein. Die Zurückführung der Ausgabensteigerung auf die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts und die weitere Herabsetzung des Kreditbedarfs kennzeichnen ein finanzpolitisch solides Programm.

Können darüber hinaus immer wieder weitere und neue Ausgabenkürzungen als "Beitrag zur Stabilität" gefordert werden? In einer eher polemisch als sachlich geführten Diskussion hat man versucht, das berechtigte Unbehagen an der Preisentwicklung auszuüben, und so getan, als ließen sich an der Steigerungsrate des Bundeshaushalts die Ursachen der Preisentwicklung ablesen.

Selbstverständlich haben die öffentlichen Haushalte zur Preisstabilität beizutragen. So ist es in § 1 des Stabilitätsgesetzes festgelegt. Und danach wurde gehandelt. Gerade und insbesondere auf der Ausgabenseite.

1969 gab es eine Konjunktursperre von 1,76 Milliarden DM. 1970 wurden bereits im ursprünglichen Ansatz des Haushaltsplans 2,7 Milliarden DM gesperrt, die dann im endgültigen Haushaltsplan mit 2,1 Milliarden DM in definitive Kürzungen umgewandelt worden sind; 0,4 Milliarden DM blieben gesperrt. Im Haushaltsvollzug konnte dann darüber hinaus noch zusätzlich restriktiv vorgefahren werden. 1971 wurde wiederum eine Ausgabenverringerung von einer Milliarde DM vorgesehen, die im Endergebnis ebenfalls noch übertroffen worden ist. 1972 entfällt der ursprünglich erwogene Eventualhaushalt. Ferner hat die Bundesregierung für 1972 insgesamt 2.460,6 Millionen DM aufgegliederte Vorschläge zur Ausgabenverminderung gemacht, die ebenfalls - das läßt sich schon heute feststellen - verwirklicht werden.

Was sind die haushaltspolitischen Konsequenzen einer solchen Politik? Ist ihre unbegrenzte Fortführung denkbar? Zunächst sieht es relativ einfach aus. Meist gibt es eine Anzahl von Maßnahmen oder Programmen, die - im Rahmen einer konjunkturpolitischen Zielsetzung - eine gewisse zeitliche Verschiebung von Ausgaben ermöglichen. Das Wachstum der Ausgaben wird dann unter sein normales Maß zurückgedrängt. Was geschieht aber in den Folgejahren? Soll wiederum eine unter dem Normalmaß liegende Wachstumsrate an-

gestrebt werden, so genügt es nun nicht mehr, auf bereits hinausgeschobene Ausgaben wiederum zu verzichten. Wegen der verringerten Basis im Ausgangsjahr müssen nun - das ist die Konsequenz dieser Art von "Wachstumsratenfetischismus" - erneute und schärfere Eingriffe in die staatliche Aktivität erfolgen, allein um nach "außen", in Gestalt einer "unternormalen" Wachstumsrate, das gleiche Maß an Restriktion wie im Vorjahr sichtbar werden zu lassen.

So konnte ich 1970 den Anstieg der Bundesausgaben (6,9 vH.) noch erheblich unter dem Wachstum des Sozialprodukts (13,3 vH.) halten. Dabei ging der Anteil des Haushaltsvolumens am Brutto-sozialprodukt von 14,0 vH. in 1968 (13,5 vH. in 1969) auf 12,7 vH. zurück. In den Folgejahren wurde dann die Ausgabenpolitik durch andere Maßnahmen - namentlich durch die Erhebung des Konjunkturauschlags - entlastet. Stets spielten jedoch daneben die Ausgabenmürzungen eine wesentliche Rolle, so daß der Bundeshaushalt, gemessen in vH. des Bruttosozialprodukts, noch heute seinen ursprünglichen Stand nicht erreicht hat.

Eine Politik der konjunkturrell orientierten Ausgabenverminderung - das Vorziehen bzw. Hinausschieben von öffentlichen Ausgaben, um zyklische, relativ kurzfristige Schwankungen im gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß auszugleichen - ist und bleibt sinnvoll. Soll diese Politik jedoch dazu dienen, einen über Jahre hinweg sich fortsetzenden und sich erneuernden Liquiditäts- und Nachfrageüberhang auszugleichen, erreicht sie sehr schnell die Grenzen ihrer Wirkungsmöglichkeiten. Die konjunkturpolitische Bandbreite, die sich im Bundeshaushalt betrügt günstigstenfalls einige wenige Milliarden DM im Jahr. Rechnet man Länder- und Gemeindehaushalte dazu, bei denen die conjunkturrelevanteste Steuer- und Ausgabebeschneidung besondere Probleme hat, verändert sich das Bild nicht wesentlich. Beträge in solchen Größenordnungen sind zum Beispiel im Rahmen spekulativer Geldbewegungen innerhalb weniger Wochen in die Bundesrepublik eingeströmt.

Es wäre eine einseitige und unrealistische Politik, angesichts der gegenwärtigen nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Situation in den öffentlichen Haushalten das Hauptinstrument der Stabilitätspolitik zu sehen. Abgesehen davon, daß es sehr bald zu einer Beeinträchtigung der staatlichen Leistungsfähigkeit käme, können die Staatshaushalte überdies noch nicht dazu dienen, nationale und internationale wirtschaftliche Fehlentwicklungen in vollem Umfang auszugleichen. Eine Diskussion, die den Staatshaushalt als "Inflationsquelle erster Ordnung" bezeichnet, stellt die Dinge auf den Kopf.

(-/ex/21.9.1972/ha)

## Die Rhein-Main-Donau-Verbindung

Ein Bauvorhaben von gesamteuropäischer Bedeutung

Von Dr. Lauritz Lauritzen MdB  
Bundesminister für Verkehr

Am Wochenende gebe ich die Strecke Bamberg - Nürnberg des Main-Donau-Kanals mit dem Staatshafen Nürnberg für den Verkehr frei. Damit ist das letzte große Nahziel dieser Wasserstraße erreicht worden. Das europäische Endziel, die Verbindung zwischen dem Rheinstromgebiet und der Donau, liegt nun vor uns.

Dieses Ereignis macht die großen Anstrengungen der Bundesregierung deutlich, die Leistungsfähigkeit aller Verkehrswege dem wachsenden Bedarf und zugleich den gestiegenen technischen Anforderungen des Verkehrs anzupassen. Im Kreise der Massengüterverkehrsträger hat das Transportsystem Wasserstraße/Binnenschifffahrt auch in Zukunft seinen festen Platz. Bei zunehmendem Schiffsverkehr werden an die Binnenschifffahrt wachsende Anforderungen gestellt. Nach den Prognosen für die Entwicklung des Verkehrsaufkommens bis 1985 ist - auch bei vorsichtiger Beurteilung - mit einer weiteren Zunahme des Anteils der Binnenschifffahrt am Gesamtaufkommen des Güterfernverkehrs zu rechnen. Dieser Anteil liegt zur Zeit im Mittel der letzten Jahre bei 27 vH. und wird nach den Verkehrsprognosen bis 1985 auf 30 vH. ansteigen. Das bedeutet, daß die Wasserstraßen und die Binnenschifffahrt einen anteiligen Güterverkehr in der Größenordnung von etwa 250 Millionen t zu bewältigen haben werden.

Solchen Anforderungen der modernen Schifffahrt kann nur ein leistungsfähiges und weitmaschiges Netz der Bundeswasserstraßen gerecht werden, das aus Tag und Nacht befahrbaren Hauptadern mit gleichwertig ausgebauten Abschnitten besteht. Innerhalb dieses

Netztes kommt dem Main-Donau-Kanal zwischen den Stromgebieten des Rheins und der Donau zentrale Bedeutung zu.

Darüber hinaus wird die Rhein-Main-Donau-Wasserstraße mit ihrer Vollendung zum Rückgrat auch des europäischen Wasserstraßennetzes werden. Dem Handel zwischen den Donauländern und den westeuropäischen Staaten werden damit neue Möglichkeiten eröffnet. Wenn die Strecke Nürnberg - Regensburg fertiggestellt ist, wird die dann 3.500 km lange Wasserstraße zwischen Nordsee und Schwarzer Meer die Volkswirtschaften von 13 Ländern verbinden, was längerfristig eine wesentliche Ausweitung und Intensivierung der wirtschaftlichen Aktivität ermöglichen wird. Der neue Handelsweg wird diese Entwicklung nicht nur positiv beeinflussen, er wird auch die Beziehungen und das bessere Verständnis der Anliegerstaaten West- und Osteuropas untereinander fördern. Er wird einen wichtigen Beitrag zur friedlichen Zusammenarbeit in Europa leisten und damit eine Politik unterstützen, die gerade von dieser Bundesregierung besonders nachhaltig betrieben wird.

Das alles ist Grund genug, um in den Bemühungen um die möglichst rasche Fertigstellung dieser Verkehrsader nicht nachzulassen. Der noch vor uns liegende Weg nach Regensburg ist nicht leicht. Er fordert von allen Beteiligten erhöhte finanzielle Anstrengungen. So ist schon zu Beginn dieses Jahres ein langfristiges Finanzierungsprogramm für die Fertigstellung der Rhein-Main-Donau-Verbindung und die Kanalisierung der Donaustrecke Regensburg - Straubing fertiggestellt worden. Die Ansätze dieses Finanzierungsprogramms sind in der mittelfristigen Finanzplanung bis 1975 berücksichtigt. Damit sind die besten Voraussetzungen dafür geschaffen, die transkontinentale Wasserstraße noch in der ersten Hälfte der 80er Jahre fertigzustellen.

(-/ex/21.9.1972/ks)

+ + +